

# EUROPAS WETTBEWERBSFÄHIGKEIT STÄRKEN

---

MARKUS FERBER, MDEP



## Europas Wettbewerbsfähigkeit stärken - Was jetzt zu tun ist

Markus Ferber, MdEP

Die Europäische Wirtschaft steht am Rande einer Rezession. Die Rückkopplungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine sind deutlich spürbar: die Energiepreise sind förmlich explodiert und die Inflation hat im Jahr 2022 ungekannte Höhen erklommen. Auch für das Jahr 2023 erwartet die EZB ein Inflationsgeschehen, das weit über Zielwert liegt. Zugleich schwächt sich das Wachstum in der EU deutlich ab und der internationale Währungsfonds geht inzwischen davon aus, dass in diesem Jahr die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten in eine Rezession abgleiten wird. Das alte Schreckgespenst der 1970er Jahre, die „Stagflation“ ist zurückgekehrt.

Gleichzeitig wenden sich viele Länder von einer offenen und regelbasierten internationalen Wirtschaftsordnung ab. Selbst die Vereinigten Staaten haben im Rahmen des so genannten „Inflation Reduction Acts“ ein umfassendes Subventionsprogramm aufgelegt, das einerseits europäische Unternehmen ausschließt und andererseits darauf zielt, zukünftige Schlüsseltechnologien in den USA zu etablieren.

Die derzeitige wirtschaftliche Schwächephase ist fundamental anders als die letzten Rezessionen. In der Covid-Pandemie und auch während der Weltfinanzkrise hatten wir es mit einem plötzlichen und heftigen Nachfrageeinbruch zu tun. Für eine solche Situation ist unser wirtschaftspolitischer Instrumentenkasten gut gerüstet. Die jetzigen Probleme sind hingegen angebotsbedingt. Ein neuerliches milliardenschweres Konjunkturpaket kann entsprechend nicht die Lösung sein, denn es würde vor allem die ohnehin schon zu hohe Inflation weiter anheizen ohne jedoch die zugrundeliegenden strukturellen Probleme zu adressieren.

In der Summe ergibt sich ein düsteres Bild der Lage: die Wettbewerbsfähigkeit Europas erodiert schleichend, während Drittstaaten eine immer robustere Industriepolitik betreiben. Schlimmstenfalls droht die Deindustrialisierung Europas. Der Ernst der Lage spiegelt sich jedoch bisher nicht in politischen Initiativen wieder. Einerseits beschwört Bundeskanzler Olaf Scholz eine „Zeitenwende“ und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen spricht von einer „Stunde der Wahrheit für Europa“, andererseits sind diesen Worten bisher kaum Taten gefolgt.

Es geht kein Ruck durch Europa, die sich stetig verschlechternde Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Europa wird billigend in Kauf genommen. Die Antworten von Bundesregierung und Europäischer Kommission lassen sich weitgehend unter der Überschrift „Business as usual“ subsumieren. Allenfalls wird mittels heftiger Markteingriffe an den

schlimmsten Symptomen herumgedoktert; es findet Mangelverwaltung statt Mangelbeseitigung statt.

Die schleichende Erosion unseres Wohlstandes ist aber kein Naturgesetz. Mit der Umsetzung des folgenden Acht-Punkte-Plans ließe sich Wettbewerbsfähigkeit Europas schnell und entscheidend verbessern.

### **1. Belastungsmoratorium und Kampf gegen neue Bürokratie**

Angesichts der ernsten Situation besteht das oberste Gebot der Stunde darin, neue Belastungen für Bürger und Unternehmen zu vermeiden. Die Europäische Kommission hat vom neuen Lieferkettengesetz über verschärfte Emissionsschwellenwerte für Industrieunternehmen bis hin zu Ökodesign-Vorgaben für nahezu jede Produktkategorie eine ganze Latte an neuen Vorschlägen vorgelegt bzw. in der Pipeline, die bei fraglichem Mehrwert vor allem neue Anforderungen, Vorgaben und Belastungen für die Wirtschaft bringen. Solche Projekte gehören zum jetzigen Zeitpunkt auf Eis gelegt. Alle geplanten Gesetzesvorhaben müssen mit Blick auf die aktuelle Situation noch einmal grundsätzlich auf ihre Notwendigkeit hinterfragt werden. Vorhaben, die in Summe mehr Belastungen als Nutzen bringen, müssen gestoppt werden.

Jenseits konkreter problematischer Einzelvorschläge zeichnet sich in den vergangenen Jahren der grundsätzliche problematische Trend ab, dass der gesammelte Besitzstand aller Rechtsakte der Europäischen Union immer größer wird und immer weiter ausfranst. Damit werden auch die Befolgungskosten immer höher. Dass ein Rechtsakt zurückgezogen wird, bleibt die absolute Ausnahme. Deswegen muss der so genannte „Acquis Communautaire“ der Europäischen Union systematisch auf Überschneidungen und überflüssige Bürokratie analysiert werden. Dazu sollte in Fortsetzung der erfolgreichen „Stoiber-Kommission“ eine neue hochrangige Gruppe zur Reduktion der Verwaltungslasten eingesetzt werden.

Forderung: Es braucht einen Stopp für neue Belastungen sowie eine Initiative zur Zurückführung von bürokratischen Lasten.

### **2. Den Europäischen Binnenmarkt vollenden**

Der Europäische Binnenmarkt feiert in diesem Jahr seinen 30. Geburtstag. Er ist bisher Wachstumstreiber und Integrationsmotor, nichtsdestoweniger bleibt er an vielen entscheidenden Stellen unvollendet. Dabei wäre eine bessere Integration des europäischen Binnenmarktes ein einfaches und probates Mittel, um eine neue Wachstumsdynamik in Europa auszulösen.

In der Energiekrise haben wir gesehen, dass es gerade an den Landesgrenzen der Mitgliedstaaten noch viele Flaschenhälse und Engpässe gibt. Diese müssen beseitigt werden, damit Elektrizität, Gas und später Wasserstoff ungehindert fließen können. Das würde nicht nur für niedrigere Energiepreise in der gesamten EU sorgen, sondern auch die Widerstandsfähigkeit Europas erhöhen.

Nicht nur im Energiesektor haben wir keinen vollständig integrierten Binnenmarkt, sondern auch im Finanzsektor. Die viel beschworene Kapitalmarktunion, die Bürgern und Unternehmen das grenzüberschreitende Investieren erleichtern würde, gibt es derzeit vor allem in Strategiepapieren der Europäischen Kommission. Immer noch stehen Hindernisse, vor allem im Bereich Steuern und Insolvenzrecht einer tieferen Integration des Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen im Wege. Das verhindert auch, dass sich in der Europäischen Union ein Ökosystem für Finanzdienstleistungen entwickelt, das es mit den führenden Finanzplätzen der Welt aufnehmen kann.

An anderen Stellen besteht weiterhin ein Regelwerk fort, das grenzüberschreitendes Wirtschaften erheblich erschwert: bestes Beispiel dafür sind die komplizierten Regeln zur Mitarbeiterentsendung über die so genannte A1-Bescheinigung, für die es in jedem Mitgliedstaat unterschiedliche Detail-Regeln gibt und deren Einhaltung für die entsendenden Betriebe mit enormen bürokratischem Aufwand einhergeht.

Damit gerade kleinere Unternehmen nicht von hohen Bürokratie- und Compliance-Kosten vom grenzüberschreitenden Wirtschaften abgehalten werden, braucht es entweder ein unionsweit einheitliches und verständliches Regelwerk oder, wo dies nicht oder noch nicht möglich ist, zumindest einfach zugängliche Anlaufstellen, die alle Informationen gebündelt bereithalten und wo nötig administrative Unterstützung bereitstellen.

Wenn man die Wettbewerbsbedingungen im Europäischen Binnenmarkt vereinheitlichen will, bedeutet das auch, dass Mitgliedstaaten davon absehen müssen, das europäisch vereinbarte Regelwerk noch durch nationale Zusatzregeln zu erweitern („Goldplating“). Gerade Deutschland war in der Vergangenheit sehr gut darin, auf europäische Regeln noch zusätzliche nationale Bestimmungen draufzusetzen.

Forderung: Der Europäische Binnenmarkt muss vollendet werden. Die Bereiche Energie und Kapitalmarktunion müssen dabei im Vordergrund stehen. Gleichzeitig müssen bestehende Hindernisse wie das chaotische Regelwerk in der Mitarbeiterentsendung beseitigt werden.

### 3. Eine moderne und interessengeleitete Industriepolitik

Die Europäische Union hat zwar auf dem Papier eine Industriestrategie, in der Praxis lässt sich jedoch kein kohärenter Ansatz erkennen. Im Gegenteil: viele Gesetzesvorhaben auf europäischer und bundesdeutscher Ebene tragen dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu unterminieren.

Eine neue Industriestrategie muss zunächst mit einer kritischen Bestandsaufnahme beginnen: In welchen Bereichen ist Europa noch in der Weltspitze vertreten und was muss geschehen, um den Vorsprung im internationalen Wettbewerb zu erhalten und abzusichern? Was sind die zentralen Herausforderungen der nächsten Dekaden? Welches werden die Schlüsselindustrien sein und wie können europäische Unternehmen in diesen Sektoren gezielt gestärkt werden? Wo gibt es Defizite und Abhängigkeiten und wie können diese beseitigt werden?

Insbesondere die Covid-19-Pandemie hat viele Schwachstellen offengelegt: unterbrochene Lieferketten haben dazu geführt, dass viele zentrale Vorprodukte für unsere Industrie, wie z.B. Chips, auf einen Schlag nicht mehr verfügbar waren. Ein ähnliches Bild zeigt sich im Pharmaziesektor: Deutschland ist von der „Apotheke der Welt“ zum Großimporteur von Arzneimitteln, vor allem aus Asien, geworden.

Mit Blick auf die Zukunft und die Transformation zu einem CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaftsmodell sind insbesondere die Verfügbarkeit von Wasserstoff, aber auch von Batterien, entscheidend. Hier müssen wir in Europa schnell massiv Kapazitäten aufbauen. Gleichzeitig sollten Bereiche, in denen Europa noch führend ist, nicht vorschnell aufgegeben werden. Das Aus des Verbrenner-Motors muss in diesem Sinne schnell revidiert werden. Gleichzeitig müssen wir mit steuerlichen Anreizen die richtigen Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Zukunftstechnologien zu setzen. Für die Entwicklung von modernen und klimafreundlichen Kraftstoffen gehört dazu auch eine Anpassung der Energiesteuerrichtlinie.

Die Europäische Kommission hat mit dem Chips Act und der Idee einer „Wasserstoffbank“ zwar einige der richtigen Prioritäten identifiziert, denkt aber viel zu klein. Selbst wenn die von der Europäischen Kommission für den Chips Act eingeplante 43 Milliarden Euro bis 2030 tatsächlich zustande kommen, was alles andere als sicher ist, verblasst diese Summe gegen die Volumina, die in Asien und den USA jährlich in die Halbleiterindustrie investiert werden. Der Lückenschluss zur Weltspitze ist damit nicht möglich.

Forderung: Wir brauchen eine neue europäische Industriepolitik, die unsere Stärken stärkt und unsere Schwächen beseitigt.

#### **4. Zugang zu kritischen Rohstoffen absichern - Kreislaufwirtschaft stärken**

Die Europäische Kommission hat in ihrer Analyse von strategischen Abhängigkeiten selbst festgestellt, dass die Europäische Industrie in vielen Bereichen von Rohstoffen und Vorprodukten abhängig ist, die sie nicht selbst herstellen kann. Dazu zählen z.B. seltene Erden, Magnesium, Lithium, aber auch bestimmte Chemikalien. Oftmals handelt es sich dabei um genau diejenigen Rohstoffe, die für die digitale und grüne Transformation unserer Wirtschaft entscheidend sind.

Um diese Defizite zu adressieren, müssen einerseits die europäischen Abbaukapazitäten so weit es geht gestärkt werden. Andererseits müssen strategische Partnerschaften mit Drittstaaten aufgebaut werden, um einen diversifizierten Zugang zu Rohstoffen zu erhalten, die innerhalb Europas nicht verfügbar sind.

Die dritte Komponente einer europäischen Rohstoffstrategie muss das Recycling im Sinne einer gestärkten Kreislaufwirtschaft sein. Dabei geht es nicht darum, willkürlich Recyclingquoten festzulegen, sondern das kosteneffiziente Recycling überhaupt erst zu ermöglichen - auch wenn dazu energieintensive oder komplexe chemische Prozesse notwendig sind.

Forderung: Wir brauchen eine wirksame europäische Rohstoffstrategie, die die strategischen Abhängigkeiten bei kritischen Rohstoffen adressiert.

#### **5. Handelsagenda stärken**

Die Integration der Weltwirtschaft ist ins Stocken gekommen und in manchen Bereichen sogar rückläufig. Viele große Industriestaaten haben in den vergangenen Jahren protektionistische Maßnahmen auf den Weg gebracht. Die Europäische Union hat mit dem CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) leider selbst eine Initiative auf den Weg gebracht, die wie ein Zoll wirkt und deren Vereinbarkeit mit den Regeln der Welthandelsorganisation zumindest fraglich ist. Für die exportorientierte deutsche Wirtschaft, die lange von einer freien und regelbasierten Welthandelsordnung profitiert hat, ist dieser Trend zu mehr Protektionismus ein Problem.

Freihandelsabkommen sind ein probates Mittel, um die Wirtschaft anzukurbeln, das Produktangebot auszuweiten und Kosten zu senken. Es ist deshalb im Interesse der Europäischen Union, den Trends zu Deglobalisierung und zunehmenden Protektionismus entschlossen entgegenzutreten.

Als erster Schritt dafür braucht es eine handlungsfähige Welthandelsorganisation, die das bestehende Handelsrecht wirksam durchsetzen und eine tiefere Integration der Weltwirtschaft vorantreiben kann. Europa muss an der Spitze des Prozesses hin zu einer handlungsfähigen WTO stehen.

Ergänzend dazu muss die EU auch ihre eigenen Freihandelsabkommen voranbringen. So muss beispielsweise das beinahe fertig ausgehandelte MERCOSUR-Freihandelsabkommen mit Latein-Amerika endlich finalisiert werden. Auch das auf Eis gelegte Handels- und Investitionsabkommen mit den Vereinigten Staaten (TTIP) hat einen neuen Anlauf verdient.

Forderung: Die Europäische Kommission muss eine Reform der Welthandelsorganisation sowie den Abschluss neuer Freihandelsabkommen forcieren.

## **6. Wettbewerbsrecht modernisieren**

Das europäische Wettbewerbsrecht braucht eine Generalüberholung. Weder im Bereich des Beihilferechts noch bei der Fusionskontrolle ist es auf der Höhe der Zeit. Grundsätzlich dauern Verfahren viel zu lang und berücksichtigen den internationalen Kontext nicht hinreichend.

Im Bereich des Beihilferechts führt insbesondere die jüngste Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen zu einer weiteren Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen. Gerade vor dem Hintergrund hoher Energiekosten und des hohen Investitionsbedarfs im Rahmen der grünen Transformation wären zielgerichtete staatliche Unterstützungsmaßnahmen gerade jetzt geboten. Das gilt umso mehr, als die Vereinigten Staaten im Rahmen des so genannten Inflation Reduction Acts gerade erst selbst ein umfassendes Subventionspaket auf den Weg gebracht haben.

Im Bereich der Fusionskontrolle haben wir in den vergangenen Jahren zu oft gesehen, dass europäische Wettbewerbsregeln strategisch relevanten Zusammenschlüssen, die zur Bildung von „European Champions“ geführt hätten, im Wege standen. Zu oft hat die Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission bei ihrer Bewertung etwaiger Zusammenschlüsse eine zu enge Definition des relevanten Marktes gewählt und dabei insbesondere globale Entwicklungen ausgeblendet. Das hat in vielen Schlüsselindustrien verhindert, dass europäische Unternehmen entstehen, die in der Weltspitze mit ihren Konkurrenten aus Asien oder den Vereinigten Staaten mithalten können.

Forderung: Das Wettbewerbsrecht muss an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Beihilferecht und Fusionskontrolle müssen gezielt überarbeitet werden, um die Prozesse zu beschleunigen, der Entstehung von European Champions nicht im Wege zu stehen und eine zielgerichtete Unterstützung unserer Industrie zu ermöglichen.

## **7. Den Fachkräftemangel bekämpfen**

Die europäische Wirtschaft leidet bereits heute in vielen Sektoren unter einem Fachkräftemangel, der sich angesichts der unvorteilhaften demographischen Entwicklung in den kommenden Jahren noch deutlich verschärfen wird. Als Antwort sollte eine drei-Säulen-Strategie verfolgt werden.

Als erster Schritt gilt es die Erwerbsquote und damit den Pool zur Verfügung stehender Arbeitnehmer zu vergrößern. Gerade viele Frauen arbeiten heute noch in Teilzeit - in diesem Bereich gibt es also Potentiale zu heben. Die zentrale Stellschraube hier ist die Beseitigung steuerlicher und sozialpolitischer Fehlanreize, die die nicht-Teilnahme am Erwerbsleben derzeit zu attraktiv machen. Gleichzeitig müssen mehr attraktive und bezahlbare Betreuungsangebote für Kinder geschaffen werden, damit Müttern und Vätern die Teilnahme am Erwerbsleben erleichtert wird.

Die zweite Säule ist das Thema Qualifizierung. Gerade wenn das Arbeitskräftereservoir perspektivisch schrumpft, ist es umso wichtiger, dass Arbeitnehmer ihr volles Potential ausschöpfen können. Dazu muss die duale Ausbildung attraktiver gemacht, die berufliche Fort- und Weiterbildung gestärkt und das Konzept des lebenslangen Lernens insgesamt gefördert werden.

Ergänzend dazu muss auch das Thema Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften forciert werden, indem Integrationsangebote ausgebaut und die Anerkennung von ausländischen Berufs- und Ausbildungsabschlüssen erleichtert wird.

Forderung: Wir brauchen eine Strategie zur Fachkräftegewinnung und -qualifizierung.

## **8. Forschung und Entwicklung stärken**

Unsere Innovationskraft ist eine unserer wichtigsten Ressourcen, um langfristig im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Nichtsdestoweniger investiert Europa im Vergleich zu anderen Wirtschaftsregionen wie Asien und den USA derzeit zu wenig in Forschung und Entwicklung.

Im Bereich der Grundlagenforschung gibt es hier eine klare Rolle für öffentliche Investitionen etwa mittels universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen. Auf europäischer Ebene kann das Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ hier einen wichtigen Beitrag leisten und sollte mit hinreichenden Mitteln ausgestattet werden.



Im Bereich der anwendungsnahen Forschung ist vor allem der Privatsektor gefragt, dem Investitionen in Forschung und Entwicklung angesichts der enormen positiven externen Effekte so leicht wie möglich gemacht werden sollte. In diesem Zusammenhang sollte insbesondere die steuerliche Abzugsfähigkeit von Forschungs- und Entwicklungsausgaben deutlich ausgebaut werden.

Forderung: Europa muss mehr in Forschung und Entwicklung investieren. Dazu gehören neben höheren öffentlichen Investitionen auch Anreize, die private Investitionen in Forschung und Entwicklung erleichtern.